

Finanzieller Freiraum für die Kommunen

Die FDP NRW und die FDP-Fraktion im Landtag NRW setzen sich dafür ein, die Pläne der Kommunalministerin zu stoppen, die Vorwegabzüge im GFG weiter auszuweiten und damit die frei verfügbaren Mittel für die Kommunen weiter zu senken. Wir begrüßen, dass die Ministerin nach heftiger Kritik der Kommunalverbände zumindest für 2024 die Notbremse gezogen hat. Zumindest für das nächste Jahr 2024 kann so verhindert werden, dass in Zeiten hoher Inflation und sinkender Steuereinnahmen auch noch die Finanzausgleichsmasse und damit wichtige Einnahmen der Kommunen bei den Schlüsselzuweisungen im Vergleich zum Vorjahr stark sinken.

Die Finanzlage der Kommune wird auch ohne das Zutun der Landesregierung schwierig genug. Seit der letzten Steuerschätzung aus Mai 2023 sind die Zahlen weiter gesunken, die Steuerentwicklung ist rückläufig und lag allein im Juli 2023 um 16,5% unter dem Ergebnis des Vorjahresmonats. Es steht daher zu befürchten, dass die Finanzausgleichsmasse für 2024 selbst ohne die Vorwegabzüge schrumpft.

Wir fordern deshalb das Land NRW und die Kommunalministerin auf

- die vorgesehene Rückführung der Corona-Kredite wie versprochen erst dann anzugehen, wenn sich die Finanzlage der Kommunen stabilisiert hat. Auch dieser Vorwegabzug muss daher im GFG 2024 gestoppt werden.
- auch in den Folgejahren auf ein neues Förderprogramm für Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen zulasten der Investitionspauschale zu verzichten. Die Kommunen wissen am besten, wo am dringlichsten investiert werden muss.
- die Aufwands- und Unterhaltungspauschale per Vorwegabzug auch ab 2025 nicht aufzustocken, sondern die Mittel als freie Zuweisungen zu erhalten.
- eigene Landesmittel für die Lösung der kommunalen Altschulden einzusetzen anstatt einer Vergemeinschaftung der Schulden in der kommunalen Familie. Die Kommunen brauchen keine Kommunalministerin, die sie zwangsentschuldet und das auch noch zulasten derjenigen Kommunen, die sich selbst strikte Konsolidierungsmaßnahmen auferlegt haben oder durch politische Entscheidungen mutig die Gewerbesteuererinnahmen erhöht haben. Die Kommunen brauchen stattdessen verlässliche, planbare Einnahmen und echte finanzielle Unterstützung durch Land und Bund.